

Solothurn, 24. September 2026
Medienmitteilung

Zur Delegiertenversammlung

3280 Franken für den Seilpark Balmberg

Die Delegierten der FDP Kanton Solothurn erteilen der Volksinitiative der Mitte «Ja zu fairen Bundessteuern auch für Ehepaare» eine klare Abfuhr. Sie unterstützen dagegen das von ex-Armeechef Thomas Süssli vorgestellte Kriegsmaterialgesetz. Zudem sammelten die Freisinnigen Spenden für den vom Sturm arg gebeutelten Seilpark Balmberg.

Die FDP Kanton Solothurn setzt sich ein für alle, die den Wecker stellen und Verantwortung übernehmen. Das zeigte sich eindrücklich an der Delegiertenversammlung im September: Die Betreiber- und Gründerfamilie des Seilparks Balmberg stammt aus Rechterswil, wo die Delegiertenversammlung stattfand. Die Freisinnigen nahmen dies zum Anlass, sich aus erster Hand über die massiven Sturmschäden im Seilpark informieren zu lassen. Die Bilder und Schilderungen von Saskia Schmid, zeigten eindrücklich auf, wie verheerend das Ausmass der Sturmschäden ist.

Zeichen für unternehmerisches Engagement

Parteipräsidentin Sabrina Weisskopf rief die Delegierten zum Spenden auf. Mit Erfolg: Fraktion und Delegierte legten gemeinsam 3280 Franken zusammen, die dem Team des Seilparks Balmberg für den Wiederaufbau übergeben werden. «Die Familie hat mit viel Herzblut ihr eigenes Unternehmen aufgebaut. Mit unserer Unterstützung wollen wir signalisieren, wie wichtig solch unternehmerisches Engagement für unsere Gesellschaft ist», sagt Sabrina Weisskopf.

Ja zum Kriegsmaterialgesetz

Der politische Fokus der Delegiertenversammlung galt zwei nationalen Abstimmungsvorlagen vom 29. November 2026. Ex-Armeechef Thomas Süssli stellte das Kriegsmaterialgesetz vor und plädierte aus drei Gründen für ein Ja: Die Schweiz müsse sich aus der internationalen Isolation lösen, bessere Bedingungen für ihre Rüstungsindustrie schaffen und Technologien entwickeln, die ins Ausland verkauft werden können. «Mit einem Ja zum Kriegsmaterialgesetz schaffen wir mehr Power für die Schweiz», so Thomas Süssli. Die 94 Delegierten folgten seiner Empfehlung einstimmig.

Nein zur Mitte-Initiative

Keine Sympathien fand die Mitte-Initiative «Ja zu fairen Bundessteuern auch für Ehepaare». Kantonsrat Daniel Probst machte klar, dass das Problem der Heiratsstrafe bereits dank der an der Urne erfolgreichen Individualbesteuerung der FDP-Frauen beseitigt wird. «Ein Ja zur Mitte-Initiative würde zu einem Wirrwarr in unserem Steuersystem führen und die Besteuerung wiederum vom Zivilstand abhängig machen», so Daniel Probst. «Das wäre ein Rückschritt für die Gleichstellung.» Die Delegierten fassten bei einer Gegenstimme klar die Nein-Parole.

Kontakt

Sabrina Weisskopf, +41 79 723 67 33